



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/09/2006
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 05.12.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0806/2006
4. Anliegen der Jugendräte
5. Gründung eines gesamtstädtischen Jugendrates
Vorlage: 0962/2006
6. Bündnis für Familien
7. Antrag der SPD-, FDP-, CDU- und Bürger für Hagen-Fraktion auf Erweiterung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen
8. Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft und Anpassung der bestehenden Kindergärten - Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2007/2008
Vorlage: 1022/2006
9. Bedarfs- und Zielplanung Erziehungshilfe
Vorlage: 0974/2006
10. Antrag des VIKZ auf Erteilung einer Betriebserlaubnis für eine Ausbildungsstätte für Theologen



11. Masterplan Wohnen
Vorlage: 0762/2006
12. Familienfreundliches Hagen
Vorlage: 0802/2006
13. Nutzung von Schulhöfen als Spielflächen
Befristete Schließung des Schulhofes der Grundschule Eilpe, Selbecker Straße
Vorlage: 0916/2006
14. Öffentliche Anerkennung von freien Trägern der Jugendhilfe gem. § 75 KJHG
hier: Verein 'AIDS-Hilfe Hagen e.V.'
Vorlage: 1013/2006
15. Neuausrichtung der städtischen Ferienangebote
Vorlage: 1001/2006
16. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die anwesenden Eltern und Kinder, die zu dem Thema Kindergartenplanung erschienen sind. Er teilt mit, dass in der Sache heute noch keine Entscheidung fallen solle.

Im Folgenden gibt er den Vertreterinnen der Kindergärten Auf der Heide, Holthausen, Franzstr. und Altenhagener Str. Gelegenheit, ihren Standpunkt darzulegen. Diese überreichen Herrn Strüwer Unterschriftenlisten gegen die geplanten Schließungen.

2. Mitteilungen

Herr Fischer berichtet von einem Besuch einer Hagener Delegation in Modein. Dort habe man Jugendliche und Einrichtungen besucht. Im Herbst 2007 sei geplant, eine Gruppe aus Modein einzuladen und im Frühjahr 2008 mit einer Gruppe nach Modein zu fahren. Entsprechende Einladungen an Jugendliche seien auf den Tischen ausgelegt.

Weiterhin teilt er mit ,dass es innerhalb des Projekts Citykids gelungen sei, für zwei Jahren 25.000 Euro zusammenzutragen, um Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtmitte zu beginnen. Ziel sei es, Sponsoren zu finden, um die Arbeit fortführen zu können.

Das Aktionsbündnis Toleranz und Demokratie habe seine Arbeit aufgenommen. Man bewerbe sich für einen Fördertopf, aus dem drei Kommunen aus Nordrhein-Westfalen gefördert würden.

Frau Schwanke berichtet, dass im letzten Jahr an drei Hagener Spielplätzen Patenschaften eingerichtet worden seien. Zwei weitere stünden kurz vor dem Abschluss.

Diese hätten sich als sehr nützlich herausgestellt auch im Bezug auf Probleme wie Vandalismus. Musterverträge seien ausgelegt.



**3. Benennung der Vertreter der Hagerer Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0806/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erläutert die Hintergründe der Vorlage und bedankt sich bei den Vertretern des Jugendrates für Ihre Bereitschaft, im Jugendhilfeausschuss mitzuwirken und wünscht Ihnen auch weiterhin viel Erfolg.

Beschluss:

Die Benennung der neuen Vertreter / Vertreterinnen der Hagerer Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet von einem Treffen mit allen Bezirksvorstehern im letzten Monat. Zweck dieses Treffens sei es gewesen, die Rechte der Bezirksjugendräte darzustellen. Weitere regelmäßige Treffen seien angedacht.

Frau Caliscan teilt mit, dass sich der gesamtstädtische Jugendrat unter anderem im nächsten Jahr damit beschäftigen wolle, für Jugendliche relevante Orte unter verschiedenen Gesichtspunkten zu überprüfen.

**5. Gründung eines gesamtstädtischen Jugendrates
Vorlage: 0962/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Traut legt eine Ergänzung der Vorlage der Planungsgruppe vor, die in dem Beschluss mitaufgenommen werden solle. Diese Änderung sei als Tischvorlage ausgelegt. Er begründet die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Änderung.

Herr Strüwer stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Im Anschluss an die Abstimmung beantragt Frau Burghardt, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen. Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.



Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Gründung eines gesamtstädtischen Jugendrates unter Einbeziehung der von der Planungsgruppe vorgeschlagenen Ergänzung zu Punkt V der Vorlage:

„Wählen und gewählt werden

- können alle Mitglieder der Bezirksjugendräte, die im Zeitpunkt der Wahl mindestens 10 und noch keine 18 Jahre alt sind“
- können über diese Altersgrenze hinaus alle Mitglieder der Bezirksjugendräte bis zum Abschluss einer allgemeinbildenden Schulausbildung, längstens aber bis 21 Jahre.

Darüber hinaus besteht für alle Mitglieder der Bezirksjugendräte die Möglichkeit, bis längstens 21 Jahre als beratendes Mitglied tätig zu sein.

2. Das in Zusammenarbeit mit der "Planungsgruppe Gesamtstädtischer Jugendrat" erarbeitete "Konzept der Hagener Jugendräte" wird beschlossen.
3. Der gesamtstädtische Jugendrat erhält ein eigenes Budget. Die Mittel werden im Rahmen des Budgets Kinder- und Jugendarbeit ohne Haushaltsausweitung bereit gestellt und jeweils durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen.
4. Die Umsetzung der Vorlage erfolgt nach der Sitzungsrunde 1/07 der Bezirksjugendräte bis zum 30.04.2007.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet über die Aktivitäten des Bündnisses für Familien. Die Ausführungen sind der Niederschrift **als Anlage zu TOP 6** beigefügt.



7. Antrag der SPD- , FDP- , CDU- und Bürger für Hagen-Fraktion auf Erweiterung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erläutert den vorliegenden Antrag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen vom 24.2.1994 in der Fassung des I. Nachtrages vom 12.1.2004 wird im § 4 (Mitglieder) Absatz (3) (beratende Mitglieder) um den Punkt k erweitert:

„k) ein/e Vertreter/in der ARGE, der/die von der Geschäftsführung der ARGE bestellt wird.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8. Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft und Anpassung der bestehenden Kindergärten - Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2007/2008
Vorlage: 1022/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt erläutert die Hintergründe der Vorlage aus Sicht der Verwaltung.

Man stünde unter dem Druck eines politischen Beschlusses, in der Kindergartenbedarfsplanung und deren Kosten einen Betrag in Höhe von 1,2 Millionen einzusparen. Weiterhin gebe es einen Ratsbeschluss, die Kindergartenbedarfsplanung auf einem Level von einer 90 %igen Bedarfsdeckung. Es lägen nunmehr Anmeldungen vor, die weit über die 90% hinausgingen. Im Bereich der U 3 – Betreuung sollten in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Euro ausgegeben werden. Das Land habe vorgegeben, bei allen 4-jährigen Kindern eine Sprachstandserhebung durchzuführen. Er erwarte, dass dies dazu führe, dass mehr Eltern ihre Kinder im Kindergarten anmeldeten.

Er kündigt an, dass folgende Punkte vorgeschlagen werden sollen:

- die Heidestraße mit zwei Gruppen als Ganztageseinrichtung bei deutlicher Mietreduktion weiterzuführen,



- in der Lützowstraße bei der evangelischen Kirche eine dritte Gruppe ein Jahr weiterzufördern,
- in Altenhagen den Beschluss, die Einrichtung zu schließen, mit dem Träger erneut zu diskutieren und fortzuführen,
- den Kindergarten Franzstraße mit mindestens zwei Gruppen fortzuführen,
- die Einrichtung am Jungfernbruch weiterzuführen, weil die Möglichkeit der Sanierung bestehe.

Herr Strüwer erläutert die Hintergründe, die zu diesen Vorschlägen geführt haben. Neue Erhebungen hätten zu einer anderen Diskussionsbasis im politischen Raum geführt. Die gemachten Vorschläge müssten jetzt in der nächsten Woche im Ausschuss beraten und endgültig entschieden werden.

Herr Reinke beauftragt die Verwaltung, auch für den Kindergarten in Holthausen eine Lösung zu suchen.

Herr Fischer bittet um die Zahlen, wieviel Plätze wieviel angemeldeten Kindern gegenüberstünden. Bei der Anzahl der angemeldeten Kinder sollte deutlich werden, ob es Doppelanmeldungen gebe. Auf die Nachfrage von Frau Haack, ob sich die Anmeldezahlen auf das laufende oder das nächste Kindergartenjahr beziehen solle, teilt Herr Fischer mit, dass das nächste Kindergartenjahr relevant sei.

Frau Haack informiert darüber, dass aufgrund der laufenden Beratungen das Anmeldeverfahren für das kommende Jahr gestoppt worden sei. Es stünden im Moment nur Wartelisten zur Verfügung.

Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Problematik vielschichtig sei. Noch nicht alle Anmeldungen lägen vor. In Einzelfällen gebe es 4-5fache Anmeldungen. Das Konzept basiere auf einer gewissen Puffersituation.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass es einen ständigen Austausch mit der Schulverwaltung über den Stand Offene Ganztagschule geben. Er könne nicht garantieren, dass die Maßnahmen pünktlich fertiggestellt würden. Auf die Frage von Herrn Gebauer nach der Planungssicherheit kann Herr Dr. Schmidt nur antworten, dass es eine solche im Moment nicht gebe.

Frau Burghardt möchte auf folgende Problematik aufmerksam machen, dass Eltern es nicht wünschten, dass ihre Kinder schon im Kindergartenjahr 2007/2008 in eine offene Ganztagschule überführt werden.

Herr Fischer berichtet über positive Erfahrungen mit dem Offenen Ganztage. Man sei auch bereit, über 16.00 Uhr hinaus Betreuung durchzuführen, wenn entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten.



Herr Strüwer nimmt nochmal Bezug auf den Antrag von Herrn Reinke. Er habe diesen so verstanden, dass die Situation in Holthausen durchleuchtet werden solle. Seitens der Verwaltung sollten folgende Daten erhoben werden: „Wieviele Kinder im Alter von 3-6 Jahren leben in Holthausen? Wieviel Kinder sind derzeit im Kindergarten? Wieviel Kinder gibt es im Alter von 0-1, 1-2 und 2-3 Jahren?“ Auf Basis dieser erhärteten Zahlen solle dann ein Alternativvorschlag erarbeitet werden, um den Erhalt des Holthausener Kindergartens sicherzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Dücker erklärt Herr Strüwer, dass wenn gewünscht, neben dem Kirchenkreis auch mit der Elterninitiative gesprochen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer informiert Herr Strüwer darüber, dass am Mittwoch, dem 13.12.06 um 14.30 Uhr der Unterausschuss Jugendhilfeplanung in nichtöffentlicher Sitzung und um 16.00 Uhr der Jugendhilfeausschuss in öffentlicher Sitzung über dieses Thema erneut beraten werden.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird als erste Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Bedarfs- und Zielplanung Erziehungshilfe Vorlage: 0974/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Kubitzek erläutert die Vorlage.

Herr Reinke beantragt, die heutige Beratung als erste Lesung anzusehen.

Frau Köppen schließt sich dem Vorschlag an. Das Papier solle als Ausgangsposition angesehen werden, mit der weitergearbeitet werden solle. Die AG IV wolle gemeinsam mit den freien Trägern die Erziehungshilfelandchaft in dieser Stadt gestalten.

Herr Strüwer fragt nach Zahlenmaterial im Bereich der Erziehungshilfe, das regionale Unterschiede berücksichtige.

Herr Kubitzek verweist auf die anstehende Umstrukturierung innerhalb der Verwaltung und schlägt vor, diese abzuwarten. Dann könnten bei der vorgesehenen Fortschreibung diese Frage aufgegriffen werden.



Herr Haensel befürwortet auch die Vorschläge von Herrn Reinke und Frau Köppen.

Er gehe davon aus, dass der Ausschuss von der AG weitere Informationen bezüglich der geführten Diskussionen erhalte.

Herr Strüwer schlägt vor, die zweite Lesung der Vorlage nach dem Fachtag, der im Frühjahr 2007 stattfinden soll, vorzunehmen.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird als erste Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Antrag des VIKZ auf Erteilung einer Betriebserlaubnis für eine Ausbildungsstätte für Theologen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber berichtet über die Entwicklung der Angelegenheit.

Das Papier sei geeignet, eine weitere Diskussion zu eröffnen. Er schlägt vor, in einer gemeinsamen Runde auszuloten, wie das Konzept in Hagen verwirklicht werden könnte.

Herr Strüwer fühlt sich bestätigt, dass die seinerzeit gefassten Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Rates richtig gewesen seien. Er hielte es für sinnvoll, erst abzuwarten, was der Landschaftsverband Westfalen-Lippe in diesem Bereich mache und dann ggf. Gespräche am runden Tisch aufzunehmen.

Herr Fischer bestärkt die Aussage von Herrn Strüwer. Man sei aufgefordert, erst tätig zu werden, wenn bestimmte angesprochene Punkte erkennbar seien.

Herr Dücker ist auch der Meinung, dass die Resolution des Jugendhilfeausschusses bestätigt worden sei. Er ist der Meinung, dass man mit dem Papier in die Fraktionen gehen müsse, um nicht in Zeitdruck zu kommen.

Herr Strüwer bittet Herrn Steuber abschließend, den Ausschuss in dieser Angelegenheit über die Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.



11. Masterplan Wohnen
Vorlage: 0762/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Korn erläutert die Vorlage.

Frau Burghardt vermisst zwei Aspekte in der Vorlage. Wie sähe der Wohnungsmarkt aus in Bezug auf Wohnungen mit mehr als zwei Kinderzimmern für Großfamilien? Beim Wohnen im Alter tauche das Stichwort Mehrgenerationenhaus nicht auf. Darin sähe sie Chancen für die Zukunft.

Frau Korn sichert zu, die genannten Aspekte mit in den Arbeitskreis zu nehmen.

Herr Schledorn appelliert an die Beteiligten, die Chance zu nutzen, etwas auf dem Wohnungsmarkt zu bewegen.

Beschluss:

Das von dem Bochumer Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung InWIS Forschung & Beratung GmbH erstellte Gutachten Masterpaln Wohnen wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen für die jeweiligen Quartiere Handlungsmöglichkeiten auszuloten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Familienfreundliches Hagen
Vorlage: 0802/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke regt an, auf den angesprochenen Internetseiten auch die Jugendeinrichtungen freier Träger aufzuführen. Er wüßte gern, wann beabsichtigt sei, das neue Angebot zu realisieren.

Herr Steuber sichert bezüglich der zweiten Frage zu, die Antwort einzuholen und dem Protokoll als Anlage beizufügen (**siehe Seite 11**). Die Anregung bezüglich der Einrichtungen freier Träger werde aufgegriffen.



Stellungnahme von Herrn Banski von 19:

„Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den neuen (integrierten) Internet-Auftritt der Stadt Hagen sind inzwischen geschaffen worden. Aktuell werden die bisherigen Inhalte von HABIT in das neue System übernommen und für ausgewählte Bereiche in Absprache mit den Organisationseinheiten (VHS, Umweltamt, OB/A 2) aktualisiert. Es ist vorgesehen, ab Ende Januar 2007 die neue Struktur im Intranet zu präsentieren und den Ämtern und Fachbereichen nach einer Einführung in die Technik die Pflege der Inhalte zu übergeben. Nach den derzeitigen Planungen ist eine vollständige Internet-Freigabe Ende März 2007 vorgesehen.

Bei der Zeitplanung ist zu berücksichtigen, dass die Hauptlast auf den Schultern einiger weniger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen liegt. Sollte es hier zu Ausfällen kommen, dann wird sich der Zeitplan entsprechend verschieben“.

Herr Traut berichtet, dass sich die Jugendräte auch mit diesem Thema befassen hätten. Die AG Öffentlichkeitsarbeit tagt allerdings nicht regelmäßig. Mit der Gründung des gesamtstädtischen Jugendrates habe man die Chance, sich erneut damit zu befassen.

Herr Fischer hält es für wichtig, dass einerseits das Internetforum für Jugendliche vorhanden sei, aber andererseits für die Eltern das Angebot auf den Seiten der Stadt gebündelt dargestellt werde.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Vorlage wird insofern am 23.02.2007 realisiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



13. **Nutzung von Schulhöfen als Spielflächen**
Befristete Schließung des Schulhofes der Grundschule Eilpe, Selbecker Straße
Vorlage: 0916/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Traut spricht sich gegen die Schließung des Schulhofes aus. Er könnte sich vorstellen, dass es für dieses Problem andere Lösungen geben müsse.

Frau Kurte berichtet, dass sich der Schulausschuss einstimmig dagegen ausgesprochen habe. Sie bittet darum, genauso zu verfahren.

Herr Decker schließt sich seinen Vorrednern an. Er hielte es für wichtig, dass den Kindern und Jugendlichen auch nach der Schulzeit ein Platz zum Austoben zur Verfügung stünde.

Herr Dücker gibt zu bedenken, dass sich hier eine Gefahrenquelle für Kinder und Jugendliche ergeben könnte. Er möchte wissen, ob es möglich sei, den Schulhof nach Anbruch der Dunkelheit zu schließen.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer teilt Herr Zoremsky mit, dass aus Sicht der Polizei in diesem Bereich keine Feststellungen getroffen werden konnten.

Herr Strüwer bittet Herrn Zoremsky, die Problematik auch in den Kollegenkreis zu tragen und den Schulhof im Auge zu behalten.

Frau Klos-Eckermann spricht die Bitte an die Jugendsozialarbeit aus, zu versuchen, mit den Jugendlichen Kontakt aufzunehmen.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Spielmöglichkeiten erhalten bleiben müssen und andere Möglichkeiten gefunden werden müssen, das Problem zu lösen.

Beschluss:

Aufgrund des Beschlusses der Bezirksvertretung Eilpe-Dahl vom 13. 9. 2006 wird die Verwaltung beauftragt, den Schulhof der Grundschule Eilpe mit Ende des täglichen Schulbetriebes abzuschließen.

Diese abweichende Regelung soll lediglich für diese Schule gelten und wird auf zunächst 1 Jahr befristet.



Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 - Mit Mehrheit beschlossen
 - Einstimmig abgelehnt
 - Mit Mehrheit abgelehnt
 - Abgelehnt bei Stimmengleichheit
 - Ohne Beschlussfassung
 - Zur Kenntnis genommen
 -
-

14. **Öffentliche Anerkennung von freien Trägern der Jugendhilfe gem. § 75 KJHG hier: Verein 'AIDS-Hilfe Hagen e.V.'**
Vorlage: 1013/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Verein „AIDS-Hilfe Hagen e.V.“ wird gem. § 75 KJHG als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen

15. **Neuausrichtung der städtischen Ferienangebote**
Vorlage: 1001/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt Herr Fischer eine Erweiterung des Beschlussvorschlages.

Herr Strüwer stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Ferienfreizeiten und Ferienangebote für das Jahr 2007 entsprechend der vorgeschlagenen Neuausrichtung vorzubereiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien zur Übernahme der Kosten für Ferienfreizeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe zu überarbeiten. Künftig sollen auch einwöchige Maßnahmen bezuschusst werden. Die Bezuschussung ist auf eine Freizeiteilnahme pro Jahr zu beschränken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

16. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Frau Kurte teilt mit, sie habe der Presse entnommen, dass in der Krambergstrasse von einer Kirchengemeinde ein Gebäude gekauft worden sei, das als Familienzentrum beschrieben sei. Sie hätte gern nähere Auskünfte dazu.

Herr Steuber entgegnet, dass die Stadt auch überrascht gewesen sei über diese Information. Es gebe in Hagen bisher zwei Familienzentren in Vorhalle und am Remberg der Caritas und der AWO. Möglicherweise bestehe aus Sicht eines Trägers Interesse an einem weiteren Familienzentrum. Ihm sei darüber nichts bekannt.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin